

brechen. Man sieht, die Conflicte zwischen Staat und Römertum spizen sich in Preußen immer mehr zu, wenn auch die Gewißheit und innewohnen darf, daß zum Heile Deutschlands ersterer den Sieg davon tragen wird. Alle die bisherigen Streitigkeiten zwischen den Bischöfen und der Regierung sind nur Kleinigkeiten obiger weitgreifenden Maßnahme gegenüber.

Die Boissche Zeitung bringt aus Kreisen, die der Regierung nahe stehen, die Nachricht, daß seit kurzem Unterhandlungen wegen einer Zoll-einigung zwischen Deutschland und Oesterreich im Gange seien. Man soll von österreichischer Seite dabei von der Ansicht ausgehen, daß die Herstellung eines innigen Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich sich für den Fortbestand und die Wohlfahrt der Oesterreich-Ungarischen Monarchie als wünschenswert, sowie für den Frieden Europas als heilsam darstelle und daß ein solches Verhältniß nur auf dem Boden der wirtschaftlichen Interessen sicher und dauernd erwachsen könne.

Der Reichs-Anzeiger theilt mit: „Der Kriegsminister hat Anordnung dahin getroffen, daß auf eingehende Anträge an Kriegervereine Waffen aus Beständen der Militärverwaltung käuflich überlassen werden dürfen, soweit sich geeignete Waffen in den Beständen vorfinden und dieselben der Militärverwaltung entbehrlieh sind. Eine Zinngeldliche oder leihweise Verabfolgung von Waffen an die gedachten Vereine ist nach wie vor ausgeschlossen.“

Die Anerkennung des Bischofs Reinkens scheint in Baiern auf Schwierigkeiten zu stoßen. Nach einer officiellen Mittheilung des „Nürnberger Corr.“ stände derselben in München „ein Hinderniß — und zwar nicht so sehr ein staatsrechtliches als ein persönliches — entgegen, welches nicht umgangen und schwerlich beseitigt werden könnte“. Nach dieser vorsichtigen Andeutung scheint der König Ludwig in Person der Anerkennung abgeneigt zu sein. „Staatsrechtlich“ kann das Hinderniß in der That auch kaum genannt werden, da der oberste Gerichtshof von Baiern erst dieser Tage in einer gerichtlichen Entscheidung anerkannt hat, daß für den Staat beide katholische Kirchenparteien innerhalb des Rahmens der bisherigen katholischen Kirche stehen. Hoffentlich wird dies Hinderniß noch beseitigt werden, zumal da der Ultrakatholicismus in seiner besten Lebensperiode gerade in bayerischen Regierungskreisen eine Förderung verheißende Theilnahme gefunden hat.

Das Nickel-Metall, das zu den Reichs-Scheidewänzen verwendet wird, spielt eine große Rolle und ist bereits von 4 Thlr. à Kilo auf 10 Thlr. gestiegen. Die Reichsregierung braucht für die nächsten 5 Jahre 750,000 Kilo, später etwa 100,000 Kilo jährlich. Schweden und Brasilien bauen jährlich etwa 250,000 K., Deutschland etwa 50,000 K. Außer zu Geld wird das Nickelmetall zur Neusilberfabrikation, zu chirurgischen Instrumenten, zu Luxusartikeln und neuerdings zu Maschinen und Maschinenteilen verwendet und macht sich in diesen Zweigen die Preiserhöhung schon empfindlich bemerkbar.

Die Feuerversicherungs-Gesellschaften haben beim Reichskanzler beantragt, den Gebrauch von Phosphorhölzchen gesetzlich zu verbieten oder doch nach Möglichkeit einzuschränken, da nachweislich in den 9 Jahren von 1862 bis 71 bei 33 öffentlichen Versicherungsgesellschaften 1843 Brände vorgekommen seien, die durch Spielen der Kinder und geisteschwachen Personen, sowie durch fahrlässiges Umgehen Erwachsener mit Streichhölzchen veranlaßt wurden.

In der am 13. October in Kassel stattgehabten Generalversammlung des Vereins deutscher Tabakinteressenten wurde das Centralomite desselben beauftragt, dafür zu sorgen, daß die Wichtigkeit einer unveränderten Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Tabakbesteuerung in allen

für den deutschen Reichstag bestehenden Wahlkreisen gründlich beleuchtet und daß jedem als Mitglied für den deutschen Reichstag aufgestellten Kandidaten die Frage zur Beantwortung vorgelegt werde, wie er sich einem eventuellen Antrage auf Erhöhung der Tabaksteuer gegenüber verhalten werde.

Trotz des schon sehr erheblichen Militärbudgets nimmt Deutschland unter den europäischen Großstaaten bezüglich der Höhe der Ausgaben für Militärzwecke doch erst die vierte Stelle ein und steht sogar in dieser Beziehung dem und so feindlich gesinnten Nachbarstaate Frankreich nicht unerheblich nach; denn während Deutschland für die genannten Zwecke die allerdings sehr beträchtliche Summe von 90,565,497 Thlr. verausgibt, verwendet Frankreich für seine Armee den Betrag von rund 117,000,000 Thlr., Großbritannien-Irland 105,733,090 Thlr. und Rußland die immens Summe von 144,220,000 Thlr. jährlich, wogegen das Militär-Budget der österreichisch-ungarischen Monarchie nur die Summe von 60,000,000 Thlr. erfordert. Was die übrigen europäischen Staaten anlangt, so schließen deren Militäretats ab: in Italien mit 45,000,000 Thlr., Spanien (1872) mit 25,636,000 Thlr., in der Türkei mit 20,670,000 Thlr., in Belgien mit 9,832,000 Thlr., Holland mit Luxemburg 8,233,000 Thlr., Schweden mit Norwegen 5,731,000 Thlr., Portugal 5,193,000 Thlr., Rumänien 3,907,000 Thlr., Dänemark 3,289,000 Thlr., die Schweiz mit 2,714,000 Thlr., Griechenland 1,792,000 Thlr., und endlich Serbien mit 1,100,000 Thlr., so daß sich also die jährliche Summe, welche Europa für militärische Zwecke verausgibt, auf zusammen rund 649,595,000 Thlr. bezieht.

Die preussische Regierung hat das ehemalige Bundespalais zu Frankfurt am Main für 800,000 Thaler sich angekauft.

Oesterreich.

Das Wiener „Vaterland“ ist noch einmal auf seine Mittheilung über Herrn v. Radai zurückgekommen, hat aber dabei in einem unüberlegten Augenblick sich ein Geständniß entschlüpfen lassen, das den Ursprung seiner giftigen Bemerkungen verräth. Es sagt nämlich: „Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß Bismarck gern bereit ist, zu dem bewußten Zwecke eine halbe oder ganze Million vom Vermögen des Königs von Hannover oder des Kurfürsten von Hessen zu verwenden.“

Frankreich.

Wegen der Kämpfe über die Frage, ob ferner Republik, ob Monarchie scheinen jetzt die Parteien zu eigenthümlichen Mitteln der Agitation zu greifen. Die „Correspondence Republicaine“ behauptet, daß man allen Denjenigen, welche sich geneigt zeigen, ihre Stimmen bedingungslos an die monarchische Verschönerung zu verkaufen, Stellen, Ehren und Geld anbietet, — während andererseits der Pariser Correspondent der „Spen. Ztg.“ berichtet, daß von Seiten der Republikaner jedem Abgeordneten, der in dem bevorstehenden Entscheidungskampfe für die Republik Partei ergreift, ohne Rücksicht auf seine parlamentarische Vergangenheit die Wiederwahl garantiert wird. — Allem Anschein nach wird Frankreich also auf diese Weise von den Parteien meistbietend versteigert: Niemand wird ihnen also den Vorwurf machen können, daß sie nicht genug — handeln. — Die monarchistischen Verhandlungen sollen übrigens etwas ins Stocken gerathen sein, weil der Graf v. Chambord den Thron einzunehmen will, ohne auf irgend welche Bedingungen der ihn begünstigenden Parteien einzugehen und weil er namentlich daran festhält, daß die Armee die alte bourbonische Fahne, die Lilien im weißen Felde, nicht aber die seit der großen Revolution als Fahne Frankreichs geltende Tricolore (Blau-weiß-roth) führe.

Bei den am Montag in Frankreich stattgehabten vier Ersatzwahlen zur Nationalversammlung hat die republikanische Partei gefiegt. Es scheint indes nicht, als ob die monarchische Partei sich durch diese neue Niederlage von ihrem Plan der Ausrufung der Monarchie und der Rückberufung Heinrich's von Bourbon irie machen lassen werde.

Ueber den Fortgang des Prozeß Bazaine liegen folgende Mittheilungen vor: Nachdem am Sonnabend die Vorlesung der Anlagenschrift beendet war, befahl der Präsident, die Rechtsfertigungsschrift des Angeklagten vorzulesen. Sie berührt ziemlich kurz die Schlacht bei Forbach, bezeichnet das Gesecht bei Saarbrücken, welches der Kaiser selbst befehligt und geleitet habe, als unzeitig, berichtet über die Schlacht bei Borny, die den schlechten Dispositionen Coffinière's und dem langsamen Marsch in der Nacht vom 14. zum 15. August beigemessen wird. Dann bespricht sie die anderen Schlachten, berührt aber nur sehr oberhin die von der Anklage gerade hervorgehobenen. Bei Erwähnung des Gesechtes vor Metz vom 7. October schiebt sie alle Schuld auf die schlechte Ausführung der von Bazaine befohlenen Bewegungen, welche verhinderte, die Straße auf Mézières zu nehmen. Der Schluß lautet: „Die Ereignisse waren allzu mächtig, mein Gewissen macht mir keinen Vorwurf.“ Nach Verlesung dieser Schrift trug der Präsident des Gerichtes die Schlusssätze der Anlagenschrift vor: Bazaine hat nicht Alles gethan, was Pflicht und Ehre ihm hätten gebieten müssen. Bei diesen Worten gerieth der Marschall in beständige Bewegung und dunkle Röthe überzog sein Antlitz. Seit Montag ist das Verhör des Angeklagten im Gange.

Wir lassen eine Hauptstelle aus der schon erwähnten Schrift des Anklägers (General Rivière) folgen: Am 12. August übernimmt Bazaine das Obercommando, „offenbar in der Absicht, sich nach Metz hineinwerfen zu lassen und dort seine Armee für politische Zwischensfälle bereit zu halten“. Der Befehl zum Rückzuge nach Verdun wird zwar (14. Aug.) gegeben, dem Marschall aber nur ein Weg vorgeschrieben, obgleich deren vier offen lagen, dem Vordringen des Feindes wird kein Hinderniß in den Weg gelegt. Die Brücken über die Saale und Mosel zwischen Frouard und Metz mußten nothwendiger Weise abgebrochen werden. „Warter“, sagt B. den drängenden Gente-Difficieren. Daville beehrte er sich, die Eisenbahnbrücke bei Longeville sprengen zu lassen, welche für die Bewegung der Armee unentbehrlich war. Weiter klagt der Versailler Ankläger: Wenn der Marschall P. im Ernste die Absicht hatte, nach Verdun zu gehen, warum ließ er es gutwillig geschehen, daß der Feind ihm den Weg verlegte? Nach der Aussage des Marschalls verhinderte der Mangel an Munition und Lebensmitteln die Fortsetzung des Marsches. Doch in zwei besonderen Paragraphen wird mit geharnischten Ziffern das Gegentheil erwiesen. Am 16. August Abends besaß die Armee noch 16 Millionen Patronen; am 19. September aber bezifferte sich der Verbrauch des ganzen Feldzugs mit kaum vier Millionen. Die Lebensmittel, welche der Marschall zu derselben Stunde besaß, waren ausreichend für den 17., 18. und die Hälfte des 19. August. Zuzusch erwarten man für den 17. und außerdem waren den Weg nach Verdun entlang Vorrathstationen angelegt. Am Tage der Schlacht von Gravelotte (18. Aug.) verläßt Bazaine erst gegen 3 Uhr sein Hauptquartier, erscheint aber nicht ein einziges Mal im Mittelpunkt der Action. Den Schwerbedrängten Canrobert läßt er trotz aller Bitten ohne Hülfe. „Warum“, ruft der Berichtstatter, „blieb der Marschall fern von dem Schauplatz, wo eben die größte Schlacht der Gegenwart geschlagen wurde, wo der König von Preußen die feind-

lichen ...
nen Ni-
zaine h-
gelassen
lage des
Folgen.
der erst
der Sch-
lage zu
Marsch-
Gründe
nen.
Marsch-
Festung
die Kris-
Armee
rufen.
zugefallen
und das
aus selbst
wie die
tische
verdankt
der Opf-
ist nicht
zu lesen
schen B-
bei Mon-
Romen
die M-
Armee
luischer
Romen
Abjuge
Mac W-
ten zu ü-
Marsch-
hin. A-
Wdrth
aus der
der Ma-
derben
non ver-
baren U-
Baza-
Diffizier
in das
Stern
schützte
in den
nien u-
In Me-
haber,
tuge Ro-
rathete
auf die
mögen.
1870 b-
Merico
einen W-
sinne
Sorge
bereichen
Falsche
Haare
schichte
licher S-
um sein
(Bazain
sich als
Brief I-
Tuilleries
Vorkabi-
liefert v-
an Gen-
geschlag-
General
bedeutet
dorthin
ber mich
Bazaine